Lehrpläne zur Politischen Bildung in der Sekundarstufe I

Luitgard Trommer

Die Entscheidung, ein Fach für politische Bildung einzurichten, steht in engem Zusammenhang mit dem am Ende des 2. Weltkrieges von den Alliierten initiierten Umerziehungsprogramm für Deutschland (Direktive Nr. 54 der Alliierten Kontrollbehörde in Deutschland vom 25.06.1947). 1950 stellte die KMK fest, daß politische Bildung in allen Fächern und in allen Schularten ein Unterrichtsprinzip sein soll, und sie empfahl, zur Vermittlung des erforderlichen Stoffwissens und zur Diskussion aktueller Fragen – soweit dies nicht in anderen Unterrichtsfächern möglich ist – vom 7. Schuljahr an Unterricht in einer besonderen Fachstunde zu erteilen. Die Benennung dieses Fachs wurde freigestellt (Beschluß der KMK vom 15.06.1950 (127)).

Dieser Offenheit entsprechend wurde Politische Bildung zwar in allen Bundesländern Unterrichtsfach, Unterrichtsprinzip und Teil der Schulkultur, auch herrscht über die Lernziele weitgehend Konsens. Es bestehen jedoch deutliche Divergenzen bei den Lerninhalten, die „ausgeprägter sind als dies in anderen Fächern der Fall ist“ (Weidinger, 1995, S. 329). Ebenso gibt es erhebliche Differenzen hinsichtlich der für das Fach zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit. Es ist deshalb kaum zu erwarten, daß Schülerinnen und Schüler am Ende der SEK I über ein gemeinsames Grundwissen verfügen, daß Methoden- und Sozialkompetenz in vergleichbaren Maße erworben sowie Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenz ausgebildet werden konnten. Dies soll im folgenden am Beispiel der Klassen 7 bis 9/10 der Sekundarstufe I gezeigt werden.

1. Fächerzuordnung

Zwar gibt es in allen Bundesländern und Schularten in der SEK I Politikunterricht – eine Ausnahme bildet nur das Gymnasium in Schleswig-Holstein, hier beginnt der Fachunterricht erst in der 11. Klasse –, es gibt aber keine verbindlichen Festlegungen zur Bezeichnung des Faches, seiner Einbindung in den Fächerkanon und der Ausgestaltung der Stundentafel. So heißt das Fach meist Sozialkunde, es wird aber auch Gemeinschaftskunde, Politische Bildung, Wirtschaft/Politik, Politik/Sozialkunde oder Politik genannt. Auch innerhalb eines Bundeslandes können die Bezeichnungen je nach Schulart variieren.

In Berlin ist Sozialkunde generell, in einigen anderen Bundesländern nur in der Haupt- und/oder Realschule Teil des Fachs Geschichte. In einigen Bundesländern wird Sozialkunde* stets oder zumindest in einer Schulart – meist der Hauptschule und/oder der Gesamtschule – zusammen mit Erdkunde und Geschichte zum Fachbereich Gesellschaftslehre oder Gesellschaftswissenschaft zusammengefaßt, teilweise ergänzt um die Fächer Arbeitslehre oder Religion/Philosophie. In anderen Bundesländern werden dagegen Teilbereiche der Sozialkunde ausgegliedert und in selbständigen Fächern wie Arbeitslehre, Wirtschaftslehre, Wirtschaft/Technik oder Rechtslehre unterrichtet (Übersicht 1), was zur Folge haben kann, daß Unterrichtsinhalte entpolitisiert werden (vgl. Rothe, 1989, S. 49ff). So überzeugend die Argumente für die jeweilige Fächerzuordnung sein mögen, sie tragen erheblich dazu bei, daß das Profil des Fachs unbestimmt ist und der Eindruck von Beliebigkeit entsteht (Massing, 1996, S. 124).

2. Stundentafel

Den Empfehlungen der KMK, ab der 7. Klasse Sozialkunde zu unterrichten, folgt die Hauptschule nur in neun, die Realschule in acht und das Gymnasium in sechs Bundesländern, wobei in Hessen und Nordrhein-Westfalen der Unterricht schulartunabhängig schon in der 5. Klasse beginnt. Auch an Gesamtschulen wird Sozialkunde meist schon ab der 5. Klasse unterrichtet. Im Vergleich mit den anderen Schularten ergibt sich somit für die Gesamtschulen in der SEK I eine etwas bessere Zeitausstattung, auch wenn der jeweilige Stundenanteil wegen des fächerübergreifenden Unterrichts schwer abzuschätzen ist.

Die Zahl der wöchentlichen Sozialkundestunden schwankt erheblich. So haben zum Beispiel die Realschüler in der SEK I insgesamt im Saarland zweieinhalb Stunden Sozialkundeunterricht, die in Baden-Württemberg sechs Stunden. In Bayern sieht die Stundentafel dagegen für die Realschule eine Wochenstunden Sozialkunde und drei Wochenstunden Wirtschafts- und Rechtslehre vor (vgl. Trommer, 1999, S. 119ff.).

Die gesamte Unterrichtszeit in den Klassenstufen 7 bis 9/10 im Fach Sozialkunde beträgt im Durchschnitt 130 Stunden in der Realschule bzw. 105 Stunden in der Hauptschule und im Gymnasium. Das sind pro Woche 42 bzw. 34 Minuten, in denen nicht nur neue Lerninhalte erarbeitet werden sollen, sondern auch Hausaufgaben gestellt und besprochen, Lernkontrollen durchgeführt und allgemeine Informationen erteilt werden müssen. Wieviel Unterricht im Laufe eines Schuljahres tatsächlich stattfindet, wieviel ersatzlos ausfällt und wieviel fachfremd unterrichtet wird, wird nicht bundesweit erhoben. Für die alten Bundesländer geht man davon aus, daß bis zu 10 Prozent des Sozialkundeunterrichts überhaupt nicht und bis zu 40 Prozent fachfremd unterrichtet werden (Massing 1996, 125).

3. Lehrpläne und Rahmenrichtlinien

Die Vielfalt der Stundentafeln spiegelt sich in Umfang, Verbindlichkeit, Zielen und Inhalt der Lehrpläne. Bei der Verbindlichkeit der Lehrpläne überwiegen die Bundesländer, in denen die Lernziele und Lerninhalte obligatorisch vorgegeben sind. In einigen Bundesländern sind darüber hinaus auch die stofflichen Präzisierungen verbindlich. In

anderen sind die Lehrpläne offener, sie benennen neben den verbindlichen auch fakultative Lerninhalte. Es gibt aber auch Bundesländer, die ganz auf eine verbindliche Festlegung der zu behandelnden Themen verzichten. In Brandenburg – und ähnlich in Mecklenburg-Vorpommern – gelten die Rahmenrichtlinien vor allem als stoffliche Empfehlungen, die genannten Themen und Inhalte stellen nur eine exemplarische Auswahl dar und erfordern die Erarbeitung eines schuleigenen Lehrplans. Bereits aus diesen Unterschieden ergibt sich, daß es kaum Themen gibt, die tatsächlich in allen Bundesländern mit der gleichen Intensität unterrichtet werden.

Häufig enthalten die Lehrpläne auch Hinweise zu möglichen Arbeitsformen und Anregungen zur Unterrichtsgestaltung, vor allem zu thematischen Verbindungen mit anderen Fächern. Oft beschränken sich diese Verweise allerdings auf Informationen wie „Bezüge zur Geschichte“ oder „Unterricht mit Deutsch und Ethik ergänzen“. Damit soll fächerübergreifendes Lernen angeregt werden, jedoch wird selten erläutert, wie eine Kooperation methodisch in Gang gesetzt werden kann (vgl. Hilligen, 1996, S. 154).

Die zeitlichen Vorgaben zu den Lernzielen oder Themen füllen in fast allen Lehrplänen etwa zwei Drittel der vorgesehenen Unterrichtszeit aus. Sie sind meist als Richtwerte zu verstehen, d.h. es bleibt den Lehrkräften überlassen, welche Themen sie kursspezifisch behandeln, welche sie zu Schwerpunkten machen. Die verbleibenden Stunden lassen Raum für pädagogisches Handeln, um besondere Probleme zu bearbeiten, um Themen entsprechend den Interessen der Schülerinnen und Schüler zu vertiefen, um aktuelle Ereignisse zu berücksichtigen, Kooperationsmöglichkeiten zu nutzen oder an Wettbewerben teilzunehmen.

3. 1. Unterrichtsziel

Alle Lehrpläne benennen als Ziel des Sozialkundeunterrichts den gebildeten und informierten Bürger, der – um seine demokratischen Mitsprache – und Gestaltungsrechte wahrnehmen zu können – gelernt hat, Recht und Unrecht zu unterscheiden, politisch verantwortlich zu urteilen und rational zu handeln. Verbindliche Grundlage hierfür ist das Verständnis von Mensch und Gesellschaft, wie es im Grundgesetz und in den Länderverfassungen verankert ist. Es ist deshalb Aufgabe des Sozialkundeunterrichts, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, die Werte und Rechtsnormen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verstehen und anzuerkennen, die Menschenwürde zu achten, Kooperationsfähigkeit, Kompromißbereitschaft und aktive Toleranz zu entwickeln sowie ihre eigenen Sozialisierungsbedingungen zu überprüfen und Wertvorstellungen für ihre eigene Lebensgestaltung zu formulieren.

Zur Umsetzung dieser Ziele werden im wesentlichen drei didaktische Prinzipien genannt:

- Schülerorientierung: Der Unterricht soll an den Interessen und an den von eigenen Erfahrungen, von Medien und Eltern geprägten politischen Vorstellungen anknüpfen und die vielfältigen Fragen und Informationen, mit denen die Schülerinnen und Schüler konfrontiert sind, strukturieren, um das Erkennen von Zusammenhängen zu ermöglichen.
- Problemorientierung: Schülerinnen und Schüler sollen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme, Zielkonflikte und Machteinflüsse erkennen, vor ihrem geschichtlichen Hintergrund analysieren und Möglichkeiten zur Problemlösung erarbeiten und überprüfen.

- Handlungsorientierung: Der Unterricht soll so gestaltet werden, daß „Kooperation, offene, sachbezogene Auseinandersetzung und demokratische Entscheidungsverfahren auch im Unterricht immer wieder geübt werden“ (Hessen, Sekundarstufe I, S. 10).

Hervorgehoben wird in vielen Lehrplänen, daß der Sozialkundeunterricht nicht politisch instrumentalisiert werden darf, wenn er sein Ziel erreichen soll. Zugleich wird deutlich gemacht, daß – entsprechend dem Beutelsbacher Konsens von 1976 – die Urteilsbildung der Schülerinnen und Schüler nicht eingeschränkt werden darf und bestehende Kontroversen benannt werden müssen.

3. 2. Lernziele

Um die übergeordneten Unterrichtsziele zu erreichen, werden in den Lehrplänen die entsprechenden Lernziele und Lerninhalte festgeschrieben. Zwar gibt es in den Ausformulierungen wieder deutliche Abweichungen zwischen den Bundesländern, als zentrale Lernziele gelten jedoch

- der Wissenserwerb, der das Sammeln und Verarbeiten von Informationen und das Vertiefen von Kenntnissen über gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge betrifft und die Fähigkeit einschließt, das erworbene Wissen anzuwenden,
- der Methodenerwerb, zu dem das Erarbeiten von Fragestellungen, das Beschaffen von Informationen, die Auswahl geeigneter Auswertungsmethoden und die angemessene Darstellung der Ergebnisse zählt,
- die Urteilsfähigkeit, die das Erfassen politisch-gesellschaftlicher Sachverhalte, die Erarbeitung unterschiedlicher Sichtweisen und Interessenlagen sowie deren Beurteilung nach vorgegebenen oder selbst entwickelten Kriterien umfaßt,
- die Sozialkompetenz, die Kooperation, Kompromißbereitschaft und Toleranz fördert sowie die Fähigkeit vermittelt, mit Divergenzen zwischen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten und den eigenen Vorstellungen angemessen umzugehen, und schließlich
- die Handlungskompetenz, die das Finden denkbarer Handlungs- und Verhaltensweisen und das Abschätzen ihrer Folgen, ihre Überprüfung nach verschiedenen Wertmaßstäben, die Entwicklung einer eigenen Wertordnung und deren Umsetzung in Entscheidungssituationen einschließt.

Welche dieser Lernziele und wie weitgehend sie jeweils angestrebt werden sollen, ist den jeweiligen Lerninhalten vorangestellt. Im allgemeinen werden Wissens-, Sozial- und Handlungskompetenz als gleichrangig, das Faktenwissen nicht als Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für Meinungsbildung und Handlungsbereitschaft beschrieben. Die näheren Ausführungen zu den Lerninhalten zeigen jedoch, daß die Wissensvermittlung umso deutlicher in den Vordergrund rückt, je konkreter die Lehrpläne werden. Vor allem sollen „Einblick“, „Überblick“, „Kenntnisse“ oder „Vertrautheit“ mit dem jeweiligen Thema erreicht werden. Die Betonung der kognitiven Dimension des Lernens legt den Schluß nahe, daß erwartet wird, daß sich durch eine möglichst umfangreiche Wissensvermittlung die erwünschte Handlungskompetenz von selbst einstellt.

3. 3. Lerninhalte

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Lehrpläne hinsichtlich der Lerninhalte erheblich. Zwar werden die Lerninhalte meist nach Begriffen, Fakten und Daten einerseits sowie nach Fragestellungen, Denkweisen, Prozessen und Wertvorstellungen andererseits gegliedert und durch Hinweise zu stofflichen Präzisierungen, Vorkenntnissen, Kooperationsmöglichkeiten, geeigneten Methoden, Unterrichtsmaterialien und Medien, gelegentlich sogar um Verweise auf relevante Literatur ergänzt. Es gibt aber keine länderübergreifenden Absprachen und Verständigungen darüber, welche Lerninhalte in den einzelnen Schularten unabdingbar sind. Das Themenspektrum ist sehr breit (vgl. Trommer, 1999, S. 105ff.), grob zusammengefaßt können aber folgende Schwerpunktthemen ermittelt werden:

- Demokratische Ordnung und politische Willensbildung
- Gestaltung sozialer Beziehungen
- Internationale Politik und Friedenssicherung,
- Recht und Rechtsordnung
- Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik
- Medien
- Berufswahlorientierung
- Systemvergleich und Systemwandel.

In fast allen Bundesländern und Schularten sind „Demokratische Ordnung und politische Willensbildung“ sowie „Gestaltung sozialer Beziehungen“ die zentralen Themen sind. In einigen Bundesländern nimmt die Auseinandersetzung mit der eigenen Gemeinde bzw. dem eigenen Land als Lebens- und Lernort von Jugendlichen und die Darstellung des föderalistischen Aufbaus der Bundesrepublik breiten Raum ein. In anderen wird auch dem Thema „Recht und Rechtsordnung“ große Bedeutung zugebilligt.

Die Schwerpunktthemen gliedern sich in Unterthemen, die ihrerseits wieder sehr unterschiedlich focussiert sein können (Übersicht 2). So umfaßt zum Beispiel das Thema „Internationale Politik und Friedenssicherung“ vier Unterthemen. Eines davon beschäftigt sich mit der Bundeswehr. In einigen Lehrplänen ist zu diesem Thema vorgegeben, sich mit den Aufgaben und der demokratischen Legitimation der Bundeswehr auseinanderzusetzen. Andere Lehrpläne stellen Wehrpflicht und Zivildienst in den Vordergrund oder beschränken sich auf die Ursachen internationaler Konflikte. Gleichlautende Schwerpunktthemen und Unterthemen können also mit ganz unterschiedlichen Lerneinheiten erarbeitet werden. Dies bedeutet letztendlich, daß die Feststellung, daß ein Schwerpunktthema und/oder ein Unterthema in allen Bundesländern im Lehrplan enthalten ist, nicht zu der Schlußfolgerung führen darf, daß dieses Thema zwingend mit gleichen Lernzielen und Lerninhalten unterrichtet wird.

Auffallend ist, daß Themen, die als allgemeine Ziele des Sozialkundeunterrichts genannt werden, wie zum Beispiel „Gleichwertigkeit aller Menschen“, „Toleranz gegenüber fremden Kulturen“ oder „Gleichberechtigung“, nur in einigen Lehrplänen als Schwerpunktthemen zu finden sind. Meist sind diese Themen nicht zentral, sondern werden in vielfältigen anderen Zusammenhängen berücksichtigt. So kann „Gleichberechtigung“ – um beim Beispiel zu bleiben – bei den Schwerpunktthemen „Berufswahlorientierung“ und „Familie“ behandelt werden, bei der Diskussion der Grundlagen des Rechtsstaats, aber auch bei der Erörterung einer geschlechtsspezifischen Lohndifferenzierung oder bei der Frage „Frauen in Uniform?“. Darüber hinaus wird das Thema in anderen Fächern bearbeitet, so im Geschichtsunterricht im Zusammenhang mit der

Französischen Revolution und im Erdkundeunterricht bei der Beschäftigung mit der Rolle der Frau in fremden Kulturen.

5. Zusammenfassung

Die Lehrpläne und Stundentafeln der Bundesländer für das Fach Politische Bildung sind nicht einheitlich. In den Lehrplänen werden hohe Ansprüche an die Lernziele formuliert und es wird eine Fülle von Lernzielen und Lerninhalten vorgegeben. Über Lernziele und Schwerpunktthemen herrscht zwar weitgehend Konsens, es gibt aber keine länderübergreifenden Absprachen, welche Lerninhalte bei den jeweiligen Schwerpunktthemen überhaupt erarbeitet, welche in anderen Fächern berücksichtigt werden sollen. Zugleich steht die stundenmäßige Ausstattung des Fachs in fast allen Bundesländern „in einem grotesken Mißverhältnis zu den Vorgaben in den Zielkatalogen und Lehrplänen (Hradil, 1996, S. 7)“. Die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgern zu erziehen, wurde demnach einem Fach übertragen, dessen Profil uneinheitlich ist, das politisch relevante Inhalte an anderer Fächer abgegeben hat und das zudem unter Zeitmangel leidet.

Anmerkung

- 1 Im folgenden wird generell der Begriff Sozialkunde verwendet, die jeweils landesspezifische Bezeichnung wird nur im Einzelfall gewählt.

Literatur

- Hadril, Stefan: Lehramtsausbildung – oder : Wie Politische Bildung schon an der Wurzel geschädigt wird, in: *Dialog*, Juni 1996, S. 6-7
- Hessisches Kultusministerium (Hrsg.): *Rahmenplan Sozialkunde, Sekundarstufe I*, Diesterweg, Frankfurt a. M. 1995
- Hilligen, Wolfgang: Anmerkungen zur „Würzburger Erklärung“, in: *Politische Bildung*, H. 3, 1996, S. 154-156
- Massing, Peter: Plädoyer für einen politischen Unterricht, in: Weidinger, Dorothea (Hrsg.): *Politische Bildung in der Bundesrepublik – Zum 30jährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung*, Leske + Budrich, Opladen 1996
- Rothe, Klaus: Unterricht, Lehrerbildung und Didaktik der Sozialkunde in Bayern, in: Rothe, Klaus (Hrsg.): *Unterricht und Didaktik der politischen Bildung in der Bundesrepublik – Aktueller Stand und Perspektiven*, Leske + Budrich, Opladen 1989
- Trommer, Luitgard: Eine Analyse der Lehrpläne zur Sozialkunde in der Sekundarstufe I, in: Händle, Christa/Oesterreich, Detlef/ Trommer, Luitgard: *Aufgaben Politischer Bildung in der Sekundarstufe I; Studien aus dem Projekt Civic Education*, Leske + Budrich, Opladen 1999, S. 69-130
- Weidinger, Dorothea: Politische Bildung an den Schulen in Deutschland: Stand nach Ausweis der Stundentafeln und Lehrpläne, in: *Gegenwartskunde*, H. 3, 1995, S. 327-341